

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-005080/2011  
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

**Luigi de Magistris (ALDE), Sonia Alfano (ALDE), Catherine Grèze (Verts/ALE), Eva Lichtenberger (Verts/ALE), Paul Murphy (GUE/NGL), Gianni Vattimo (ALDE) und Sabine Wils (GUE/NGL)**

Betrifft: Vorrangiges TEN-V-Vorhaben Nr. 6 Lyon - Turin: Änderung des Projekts und Nichterfüllung der Bedingungen der Europäischen Kommission für die Bereitstellung von EU-Mitteln durch Italien

Angaben der Internetseiten des italienischen Ministeriums für Infrastruktur und der Regionalregierung des Piemont sowie Berichten führender Zeitungen (*La Stampa, La Repubblica, Il Sole 24 Ore* usw.) zufolge fand am 3. Mai 2011 in Rom eine Sitzung des Institutionellen Runden Tisches Lyon-Turin statt, an der Minister Matteoli, der stellvertretende Büroleiter des Premierministers Letta, der Sonderkommissar Virano, der Vorsitzende der italienischen Delegation in der Regierungskonferenz Maserà, der Präsident der Regionalregierung des Piemont Cota, der Präsident der Provinz Turin Saitta, der Bürgermeister Turins Chiamparino und mehrere Bürgermeister aus dem Susa-Tal anwesend waren.

Auf dieser Sitzung wollte die italienische Regierung ihre Entscheidung bekanntgeben, den Umfang des vorrangigen TEN-V-Vorhabens Nr. 6 durch Streichung einer der beiden Röhren des Basistunnels und des Orsieratunnels zu reduzieren, was auf Geldnöte des italienischen Staates zurückzuführen sei; dieser Teil des Verfahrens war bereits abgelehnt worden, als Italien und Frankreich 2007 EU-Fördermittel beantragt hatten.

Unter klarer Missachtung der Grundsätze des Übereinkommens von Århus vom 25. Juni 1998 (Richtlinie 2003/4/EG) wurden die Bürgermeister von 17 Städten und der Vorsitzende der Berggemeinden des Susa- und des Sangonetals, die sich dem Bau der neuen Eisenbahnstrecke widersetzen, von der Sitzung ausgeschlossen, während zwei Bürgermeister von Städten, die von dem Projekt geografisch nicht betroffen sind, aber politisch der Regierung nahe stehen, eingeladen waren.

Sind der Kommission diese Tatsachen bekannt?

Ist der Kommission bewusst, dass eine Überarbeitung der neuen vorläufigen Projekte vermutlich zu weiteren Verzögerungen in dem im Rahmen der Halbzeitbilanz vom Oktober 2010 erstellten Zeitplan führen dürfte und dass der Baubeginn für den Erkundungstunnel bei La Maddalena, wenn man den Umfang des permanenten Widerstands der Talbevölkerung und die fehlende Zustimmung der meisten Stadtverwaltungen in dem betroffenen Gebiet bedenkt, womöglich nur durch Stationierung von Militär im gesamten Gebiet möglich wäre?